

Protokoll der 6. Sitzung des Beteiligungsbeirats

- Datum:** 17.10.2022
- Zeit:** 18:00–21:10 Uhr
- Ort:** Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Fehrbelliner Platz 4, Alte Kantine (Raum 4151) + Digital
- Teilnehmende:** siehe Anwesenheitsliste
- Anlagen:**
1. Anwesenheitsliste
 2. Präsentation der Zentralen Anlaufstelle für Beteiligung

Ablauf

1. Begrüßung und Aktuelles
2. Sprecher:innenrat im Gespräch
3. Aktueller Stand zur Umsetzung der LLBB
4. Austausch über Besetzungsverfahren des Beteiligungsbeirats
5. Nächste Schritte und Ausblick auf die kommende Sitzung

1. Begrüßung und Aktuelles

Der Moderator, Marco Mehlin von der Geschäftsstelle des Beteiligungsbeirates, begrüßt alle Teilnehmenden und stellt die Tagesordnung und Ablaufplanung für die 6. Sitzung des Beteiligungsbeirates vor. Er erinnert an die Zusammenkünfte der Vertreter:innen aus Bürgerschaft und Zivilgesellschaft im April und im August 2022. Er bringt Freude darüber zum Ausdruck, dass diese Sitzung erstmals sowohl persönlich als auch digital stattfinden kann.

Die Staatssekretärin für Mieterschutz und Quartiersentwicklung Ülker Radziwill begrüßt als Hausfrau alle Anwesenden. Nach den Herausforderungen der vergangenen Monate möchte sie ein neues Kapitel aufschlagen und lädt zu konstruktiven Diskussionen ein. Sie weist darauf hin, dass die Berufung der Mitglieder aus dem Abgeordnetenhaus nach wie vor nicht abgeschlossen ist, dass dies jedoch einem erneuten Zusammentreten des Beirats nicht im Weg stehen soll.

Alle Teilnehmenden stellen sich kurz vor mit Namen und Funktion.

2. Sprecher:innenrat im Gespräch

Ina Juckel, Mitglied des Sprecher:innenrats, erinnert an die Tätigkeiten des Beirats seit November 2021 in Reaktion auf mehrere, kurzfristige Absagen der geplanten Beiratssitzungen. So habe man unter anderem eine Stellungnahme aufgesetzt, zwei Pressemitteilungen veröffentlicht und schließlich eigenständig die Zusammenkunft im August 2022 einberufen.

Helene Anders, ebenfalls Mitglied im Sprecher:innenrat, ergänzt, dass während der Sitzungspause die strukturbildende Arbeit in Arbeitsgruppen fortgesetzt wurde, zu denen ebenfalls Protokolle verfügbar sind. Sie ruft die Mitglieder des Beirats dazu auf, noch fehlende Emailadressen zu ergänzen, um die direkte Kommunikation zwischen Sprecher:innenrat und Mitgliedern zu vereinfachen.

chen.

Es wird festgehalten, dass mit Versendung dieses Protokolls auch das Protokoll der Augustsitzung versendet wird. Alle Ergebnisprotokolle werden zudem auch auf UnserBerlin (<https://unser-berlin.eu>) veröffentlicht.

Jörg Simon, Mitglied des Beteiligungsbeirats, und die Geschäftsstelle werben für die Nutzung der Plattform Unser-Berlin zur Kommunikation zwischen den Sitzungen. Herr Simon schlägt außerdem vor, dass der Beteiligungsbeirat auf Sozialen Medien aktiv werden möge, um die eigene Bekanntheit zu erhöhen und mit anderen Akteuren ins Gespräch zu kommen.

3. Aktueller Stand der Umsetzung der LLBB

Vorstellung Zentrale und Bezirkliche Anlaufstellen für Bürgerbeteiligung

Um den Beirat auf den aktuellen Stand zur Umsetzung der Leitlinien für Beteiligung (LLBB) zu bringen, erläutert Lukas Born, Leiter der Zentralen Anlaufstelle für Beteiligung, die seit der letzten Sitzung geleistete Arbeit.

Als eine von fünf Instrumenten zur Umsetzung der Leitlinien sei die Zentrale Anlaufstelle (ZAB) insbesondere für die Koordination der Umsetzung der Leitlinien verantwortlich und berät die Senatsverwaltungen mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität von Beteiligung von bezirksübergreifenden Projekten.

Die ZAB ist mit 2,5 Personalstellen ausgestattet, ergänzt durch zeitweise hinzukommende Bonuskräfte und verstärkt durch den Kooperationspartner für die Zivilgesellschaft, AG.URBAN.

Darüber hinaus setzt die ZAB auch Impulse für die Bezirklichen Anlaufstellen (BAB) und organisiert regelmäßige Treffen, um inhaltliche und organisatorische Fragen zu klären.

Derzeit gibt es in elf von zwölf Bezirken BABs, deren Aufgaben ähnlich zur ZAB seien, deren Umsetzung sich aber auf den jeweiligen Bezirk beziehen. Die ZAB koordiniert die Finanzierung der Bezirklichen Anlaufstellen über auftragsweise Bewirtschaftung. Für 2023 sind, wie bereits 2020 und 2021, wieder 250.000 EUR pro Jahr und Bezirk vorgesehen.

Netzwerk- und Kooperationsarbeit

Nils Jonas, Mitarbeiter in der Zentralen Anlaufstelle für Beteiligung, erläutert die Kooperations- und Lotsentätigkeit der ZAB. Für die unterschiedlichen Akteure der Bürgerbeteiligung möchte die ZAB eine Scharnierfunktion einnehmen und strategische und koordinierende Rollen übernehmen. Die ZAB führt selber keine Beteiligungsverfahren durch, sondern entwickelt strategische Instrumente, berät und vernetzt.

Innerhalb der SenSBW organisiert die ZAB den Jour Fixe Bürgerbeteiligung, ein regelmäßiges internes Austauschtreffen auf Arbeitsebene. Über Berlin hinaus ist die ZAB Mitglied im Netzwerk der kommunalen Partizipationsbeauftragten und im Netzwerk Bürgerbeteiligung der Stiftung Mitarbeit.

Darüber hinaus möchte die ZAB ein Netzwerk zwischen den Senatsverwaltungen aufbauen, nimmt regelmäßig an Konferenzen im Themenbereich teil und beteiligt sich an einem Evaluationsprojekt des Deutschen Instituts für Urbanistik (DifU).

Beteiligungskonzept

Herr Jonas berichtet weiter von den Fortschritten bei der Umsetzung des Leitlinien-Instruments „Beteiligungskonzept“. Die ZAB hat mit einer Dokumentenvorlage eine praktische Arbeitshilfe für Beteiligungskonzepte geschrieben, die eine einheitliche Form ermöglichen soll. Beteiligungskonzepte sollen die Beteiligungsarbeit in konkreten Verfahren regeln.

Auf Nachfrage wird festgehalten, dass die Dokumentenvorlage zum Beteiligungskonzept an die Mitglieder des Beirats versendet werden soll.

Vorhabenliste

Auch bei einem weiteren Instrument der Leitlinien, der Vorhabenliste, gebe es Fortschritte zu verzeichnen. Mit diesem Instrument sollen die Bürger:innen Berlins Überblick und Einsicht in aktuelle Planungsvorhaben der Berliner Verwaltung erhalten.

Dafür soll die bereits existierende Beteiligungsplattform mein.berlin genutzt werden, die für die Voraussetzungen der Leitlinien technisch angepasst werden musste. Diese Überarbeitung sei nun abgeschlossen, sodass das „Gefäß“ mein.berlin jetzt fertig sei und befüllt werden könne. Um dies voranzutreiben, entwirft die ZAB gerade verschiedene Handreichungen für Verwaltungsmitarbeitende. Die Umsetzung soll schrittweise erfolgen.

Auf Nachfrage erläutert Herr Jonas, dass es gemäß Leitlinien Kriterien gebe, nach denen entschieden werde, ob ein Vorhaben auf mein.berlin veröffentlicht werden muss. Vorhabenträger können auch freiwillig entscheiden, ein Beteiligungsverfahren durchzuführen. Künftig sollen alle den Kriterien entsprechenden Vorhaben auf mein.berlin aufgeführt werden. Einige Beiratsmitglieder merken an, dass dies in Mitte und Lichtenberg für die Vorhaben auf bezirklicher Ebene schon gut funktioniere.

Umgang mit Verfahrensbeschwerden:

Herr Born erläutert anhand der Verfahrensbeschwerde der Bürgerinitiative Jahnsportpark, wie die ZAB solche Beschwerden konstruktiv nutzbar machen möchte. Dabei wird geprüft, inwieweit aus einer Beschwerde Handlungs- und Strukturempfehlungen für Beteiligung abgeleitet werden können. Erstere möchte die SenSBW möglichst direkt, beispielsweise durch Gespräche mit zuständigen Kolleg:innen, umsetzen. Letztere könne die ZAB mit dem Ziel der Verbesserung der Leitlinien beziehungsweise des Umsetzungskonzepts aufnehmen. Dabei weist er darauf hin, dass die ZAB sich nicht inhaltlich, sondern nur auf Verfahrensebene äußern kann. Ziel sei dabei, entweder das noch laufende Verfahren zu verbessern oder die Empfehlungen für künftige Verfahren nutzbar zu machen. Die ZAB verfüge über keine festgeschriebenen Durchsetzungsmöglichkeiten für die Leitlinien gegenüber den Vorhabenträgern.

Herr Born sieht drei Aufgaben des Beirats im Zusammenhang mit der Beteiligungsbeschwerden. Der Beirat:

- nimmt Berichte zum Umgang mit Beschwerden entgegen,
- kann Strukturempfehlungen, die sich aus den Beschwerden ergeben, in die Diskussion zur Weiterentwicklung der LLBB einbringen

- kann sich zu den Beschwerden (gegebenenfalls öffentlich) beraten und positionieren.

Aus der Beschwerde über das Beteiligungsverfahren zum Jahnsporthaus habe die ZAB vier Empfehlungen gezogen:

1. Es sei eine Regelungslücke für die Nutzung von mein.berlin durch Verwaltungsmitarbeitende aufgefallen. Die ZAB schlägt vor, klare Vorgaben zu schaffen, wie Verwaltungsmitarbeiter:innen mein.berlin nutzen sollen. Frau Juckel unterstützt dies und regt an, den bereits länger im Raum stehenden Verhaltenskodex zu erarbeiten und in die Leitlinien zu integrieren.
2. Um die ausgewogene Zurverfügungstellung von Informationen sicherzustellen, sind die vorhandenen Regelungen im Umkehr und den Leitlinien ausreichend, sollten aber bekannter gemacht werden.
3. Um angemessene Zeiträume für die Beteiligung zu ermöglichen (beispielsweise in der Onlinebeteiligung) könnte in einer Weiterentwicklung der LLBB definiert werden, was genau unter der Formulierung „**angemessener Zeitraum**“ zu verstehen ist.
4. Damit Ergebnisse von Beteiligung nachvollziehbar übermittelt werden, könnten die Leitlinien dahingehend weiterentwickelt werden, dass beispielsweise ein Vorhabenträger in festen Zeiträumen über Zwischenstände informieren soll.

Es wird eine Diskussion geführt um die Rolle des Beirats im Allgemeinen und im Besonderen im Zusammenhang von Verfahrensbeschwerden. Frau Anders macht schließlich darauf aufmerksam, dass konkrete Abläufe und Strukturen für die zukünftigen Sitzungen des Beirats, um alle relevanten Themen zu erfassen, bereits angedacht sind. Weil für die ausgefallene Sitzung im Februar 2022 eigentlich ein direktes Gespräch mit der Bürgerinitiative Jahnsporthaus geplant war und weil mehrere Beiratsmitglieder dies nach wie vor für sinnvoll halten, insbesondere zu Lernzwecken, bittet die Geschäftsstelle um ein Stimmungsbild. Demnach sind neun Beiratsmitglieder dafür, die Bürgerinitiative einzuladen, und zwei dagegen.

Es wird festgehalten, dass die Geschäftsstelle mit der Bürgerinitiative ins Gespräch geht, um deren Interesse an einem solchen Treffen auszuloten. Darüber hinaus wird festgehalten, dass den Beiratsmitgliedern die heutigen Präsentationsfolien der ZAB sowie das Antwortschreiben der ZAB auf die Verfahrensbeschwerde der Bürgerinitiative Jahnsporthaus zugesandt wird.

4. Offenes Gespräch über Besetzungsverfahren

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit schlägt die Geschäftsstelle vor, diesen Tagesordnungspunkt statt in Arbeitsgruppen im Plenum zu diskutieren. Es wird erläutert, dass die Anregung für dieses Gesprächsthema insbesondere im Kontext der gegebenenfalls anstehenden Wiederholung der Wahlen in Berlin Niederschlag gefunden hat, deren Ergebnis möglicherweise eine Neubesetzung von zwei Gruppen (Politik und Verwaltung) des Beirats nötig machen könnte. Auf Nachfrage erläutert Frau Anders, dass das Besetzungsverfahren, insbesondere mit Blick auf die Vertreter:innen aus dem Abgeordnetenhaus, bisher nicht klar geregelt sei. Der Beirat könne Anregungen für den Besetzungsprozess geben. Frau Juckel ergänzt, dass eine solche Empfehlung auch in der Geschäftsordnung verankert werden sollte. Aus dem Beirat wird Kritik geäußert, dass sich aus der versandten Tagesordnung das Thema der Kleingruppenarbeit nicht entnehmen lässt.

Es entspinnt sich ein Austausch um das Besetzungsverfahren in den Beteiligungsbeirat aus den

Reihen der Politik. Ursprung ist hier die Erfahrung, dass es angesichts des Missverhältnisses zwischen Anzahl der Beiratsmitglieder aus dem AGH (4) und Anzahl der Fraktionen im AGH (6) zu Verzögerungen bei der Besetzung kam. Es gibt eine Reihe von Anregungen zum Umgang mit dieser Situation.

Vorschlag 1:

Die Anzahl der Beiratsmitglieder wird an die Fraktionszahl angepasst, möglichst mit einer veränderlichen Regelung, um auf künftige Wahlergebnisse vorbereitet zu sein („gemäß der Zahl der Fraktionen im AGH“). Dies könnte sich allerdings auf die Gewichtung der Politik im Beirat auswirken, sodass sich die Frage stellt, ob auch die Größe der drei anderen Gruppen im Beirat dann veränderlich sein müsste.

Die Abgeordnete Klein weist darauf hin, dass das AGH beinahe einen Antrag zur Erhöhung auf sechs politische Beiratsmitglieder gestellt hätte, dieser Plan jedoch zunächst nicht weiterverfolgt wurde.

Vorschlag 2:

Es bleibt bei vier Vertreter:innen aus dem Abgeordnetenhaus, es wird jedoch eine ergänzende Regelung geschaffen, um die Auswahl der vier Mitglieder aus den AGH-Fraktionen eindeutig zu regeln. Dies könnte beispielsweise gelingen durch:

- 2a) Fraktionsgröße: Die Festlegung, dass die vier größten Fraktionen Vertreter:innen entsenden.
- 2b) Windhundprinzip: Die vier Fraktionen, die sich zuerst zurückmelden, entsenden Vertreter:innen.
- 2c) Losverfahren: Jede Fraktion benennt Vertreter:innen und zu Beginn jeder Sitzung wird gelost, welche vier in dieser Sitzung stimmberechtigt sind.
- 2d) Regierung/Opposition-Differenzierung: Es werden je zwei Vertreter:innen aus den Fraktionen der Regierungskoalition und zwei weitere aus den Fraktionen der Opposition entsandt. Hierbei bräuchte es ein zusätzliches Auswahlverfahren.

Vorschlag 3 (möglicherweise kombiniert mit anderen Vorschlägen):

Dem Abgeordnetenhaus wird zur Entscheidungsfindung eine Frist gesetzt. Nach Ablauf der Frist ist der Beirat berechtigt, ohne die politischen Mitglieder zu tagen und ohne die politischen Mitglieder Beschlüsse zu treffen. In diesem Fall müsste die Beschlussfähigkeit des Beirats ausdrücklich festgehalten werden.

Weiteres Verfahren

Frau Anders plädiert dafür, die Entscheidung über Empfehlungen des Beirats schon in der kommenden Sitzung zu treffen. Dafür soll die Abstimmungsfrage schon in der Vorbereitung möglichst festgelegt werden. Herr Simon bringt eine elektronische Abstimmung ins Spiel, zumal die dynamische Pandemiesituation ein physisches Treffen erschweren könne. Zudem wird die Frage aufgeworfen nach der Befangenheit der Politik- und Verwaltungsmitglieder.

Es wird festgehalten, dass die Geschäftsstelle sich mit dem weiteren Verfahren befasst und den Vorschlag zur Abstimmung mit dem Sprecher:innenrat abstimmen wird.

5. Nächste Schritte und Ausblick auf die kommende Sitzung

Nach Rücksprache mit Frau Radziwill wird eine Terminverschiebung für die 7. Sitzung vom 21. November auf den 5. Dezember 2022 vorgeschlagen. Eine abschließende Vereinbarung über die Verschiebung kann nicht getroffen werden. Es wird verabredet, dass die Geschäftsstelle sich um die Terminabstimmung kümmert. Als Termin für eine 8. Sitzung wird ein Termin kurz nach einer möglichen Wahl 2023 vorgeschlagen. Eine Abstimmung dazu erfolgt zeitnah mit den Sprecher:innen.

Es wird festgehalten, dass den Beiratsmitgliedern folgende Dokumente zugehen:

- Protokoll der heutigen Sitzung
- Protokoll der Zusammenkunft im August
- Präsentationsfolien der heutigen Sitzung (ZAB)
- Diagramm zum Umgang mit Verfahrensbeschwerden
- Antwortschreiben der ZAB auf die Beschwerde der Bürgerinitiative Jahnsporthaus
- Dokumentenvorlage zum Beteiligungskonzept
- Visualisierung von Themenblöcken für die weitere Arbeit des Beirats und der vorliegende Vorschlag für die Arbeitsweise

Die Geschäftsstelle geht auf die Bürgerinitiative Jahnsporthaus zu und lotet in Absprache mit dem Sprecher:innenrat Bedingungen für eine mögliche Teilnahme beim Beirat aus, inklusive Terminfindung und Sitzungskontext.

Der Sprecher:innenrat erinnert an die Vertretungsregelungen und die Beschlussfähigkeit des Beirats und bittet um rege Teilnahme an den kommenden Sitzungen.

Berlin, den 19.10.2022

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Verwaltung

1	Frau	Ana-Maria Trăsnea	Staatssekretärin für Engagement-, Demokratieförderung und Internationales, Senatskanzlei	entschuldigt
	Herr	Aziz Bozkurt	Staatssekretär Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	entschuldigt
2	Frau	Silke Karcher	Staatssekretärin Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz	entschuldigt
	Herr	Tino Schopf	Staatssekretär Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	entschuldigt
3	Frau	Ulker Radziwill	Staatssekretärin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	teilgenommen
	Herr	Dr. Thorsten Wöhlert	Staatssekretär Senatsverwaltung für Kultur und Europa	digital teilgenommen
4	Frau	Juliane Witt	Bezirksstadträtin Marzahn-Hellersdorf	
	Herr	Jörn Oltmann	Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg	teilgenommen
5	Herr	Jochen Biedermann	Bezirksstadtrat Neukölln	digital teilgenommen
	Herr	Michael Grunst	Bezirksbürgermeister Lichtenberg	entschuldigt
6	Herr	Fabian Schmitz-Grethlein	Bezirksstadtrat Charlottenburg-Wilmersdorf	entschuldigt
	Herr	Oliver Igel	Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick	

Initiativen

1	Frau	Simone Helbig	VITA e.V.	digital teilgenommen
	Herr	Roland Schirmer	VITA e.V.	
2	Herr	Jörg Fügmann	Glashaus e.V. / Kunst- und Kulturzentrum Brotfabrik	
	Frau	Iris Fügmann (Bauer)	Glashaus e.V. / Kunst- und Kulturzentrum Brotfabrik	
3	Frau	Britta Krehl	Grüner Kiez Pankow	teilgenommen
	Frau	Jana Ebelt	Grüner Kiez Pankow	
4	Frau	Helene Anders	Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein e.V.	teilgenommen
	Herr	Frank Hüpperling	Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein e.V.	

5	Frau	Elke Unger-Robra	Pro Retina Deutschland e.V., Regionalgruppe Berlin	
	Herr	Jochen Robra	Pro Retina Deutschland e.V., Regionalgruppe Berlin	
6	Herr	Hakan Yazanel	TGB Berlin e.V.	teilgenommen
	Herr	Yüksel Aslan	TGB Berlin e.V.	teilgenommen

Bürgerschaft

1	Frau	Ina Juckel	Mitglied	teilgenommen
	Frau	Zhanna Mylogorodska	Stellvertretendes Mitglied	entschuldigt
2	Frau	Cléo Mieulet	Mitglied	
	Frau	Kornelia Conrad	Stellvertretendes Mitglied	
3	Frau	Sabine Müller	Mitglied	teilgenommen
		N.N.	Stellvertretendes Mitglied	
4	Herr	Florian Meißner	Mitglied	
	Frau	Beria Kirilmaz	Stellvertretendes Mitglied	entschuldigt
5	Herr	Jörg Simon	Mitglied	digital teilgenommen
	Herr	Dr. Alexey Kozlov	Stellvertretendes Mitglied	
6	Herr	Willy O. Burau	Mitglied	teilgenommen
	Herr	Michael Diehl	Stellvertretendes Mitglied	
7	Herr	Moritz Valentin Kußmaul	Mitglied	entschuldigt
	Herr	Benjamin Behrendt	Stellvertretendes Mitglied	
8	Divers	Tom Weber	Mitglied	entschuldigt
	Divers	Nastaran Tajeri-Foumani	Stellvertretendes Mitglied	

Politik (Abgeordnetenhaus)

1	Herr	Mathias Schulz	SPD - Fraktion	
2	Frau	Hendrikje Klein	Die Linke - Fraktion	teilgenommen
	Frau	Katalin Gennburg	Die Linke - Fraktion	
3	Frau	Dr. Susanna Kahlefeld	B'90 Die Grünen - Fraktion	
	Herr	Julian Schwarz	B'90 Die Grünen - Fraktion	
4	Herr	Stefan Förster	FDP - Fraktion	

	Herr	Björn Jotzo	FDP - Fraktion	
5	Herr	Harald Laatsch	AfD - Fraktion	
	Herr	Thorsten Weiß	AfD - Fraktion	
6	Herr	Johannes Kraft	CDU - Fraktion	
	Herr	Stefan Evers	CDU - Fraktion	entschuldigt

Geschäftsstelle Beteiligungsbeirat

1	Herr	Marco Mehlin	raumscript - Moderator	teilgenommen
2	Frau	Karolin Kabelitz	BSM	teilgenommen
3	Frau	Gaby Morr	BSM	teilgenommen
4	Frau	Jasmina McKenna	raumscript	teilgenommen
5	Herr	Daniel Schertel	raumscript	teilgenommen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

1	Frau	Beate Profé	SenSBW - I AbtL	teilgenommen
2	Herr	Lukas Born	SenSBW - ZAB	teilgenommen
3	Herr	Nils Jonas	SenSBW - ZAB	teilgenommen
4	Herr	Erik Brandes	SenSBW - ZAB	teilgenommen

Gäste

1	Frau	Pia Thiele	Senatskanzlei	teilgenommen
---	------	------------	---------------	--------------